



■ Aus Berlin für Esslingen (SPD) ■

Betriebspraktikum – was dann?

Jahr für Jahr werden zehntausende hochqualifizierte junge Menschen in unbezahlte Praktika gedrängt. Wenn aber nicht das Lernen, sondern die Arbeitsleistung im Vordergrund steht, ist es kein „Praktikum“, sondern ein Arbeitsverhältnis. Die SPD fordert „Schluss mit Generation Praktikum“ und schlägt gesetzliche Regelungen vor, um Missbrauch bei Praktika zu unterbinden. Die Situation von Berufseinsteigern wird immer prekärer. Etwa 25 Prozent aller Uni-Absolventen erhalten heute nur dann eine Chance auf einen soliden Berufseinstieg erhalten, wenn sie sich vorher über Monate „kostenlos“ im Unternehmen bewährt haben.

Viele der Betroffenen arbeiten in der Woche genau so hart wie die reguläre Belegschaft, um dann am Wochenende zusätzlich in der Kneipe zum Lebensunterhalt zu kellnern. Schwarz-Gelb unternimmt nichts, um diesen ausbeuterischen Zuständen einen Riegel vorzuschieben. Die SPD-Fraktion hingegen fordert die Regierung auf, endlich sicherzustellen, dass bei Praktika Missbrauch in Zukunft verhindert werden kann. So soll klargestellt werden, dass der Lernzweck stärker als Mittelpunkt eines Praktikums zu definieren ist. Außerdem muss gesetzlich geregelt werden, dass Arbeitsverhältnisse, die lediglich als Praktikum deklariert werden, den gleichen Lohn- und Gehaltsanspruch begründen wie reguläre Stellen.



Karin Roth fordert „Schluss mit der Generation Praktikum“. www.karin-roth.de

■ Aus Berlin für Esslingen (CDU) ■

Markus Grübel zur Bundeswehrreform

Am 18. Mai stellte Bundesverteidigungsminister Dr. Thomas de Maizière seinen Plan zur Reform der Bundeswehr vor. Dieser sieht eine deutliche Verkleinerung und Neuausrichtung der Streitkräfte und des Ministeriums vor. Ab dem 1. Juli ist die Bundeswehr zudem eine reine Freiwilligenarmee. Markus Grübel, Mitglied im Verteidigungsausschuss: „Auf der Grundlage einer nüchternen Analyse wurde ein gut durchdachtes Konzept zur Neustrukturierung der Bundeswehr vorgelegt.“ Zukünftig soll der Gesamtumfang der Bundeswehr bei bis zu 185 000 Soldaten sowie 55 000 zivilen Mitarbeitern liegen. Die Zusammensetzung der Streitkräfte sieht 170 000 Berufs- und Zeitsoldaten, inklusive Reservisten, vor. Zusätzlich werden 5 000 Freiwillige einkalkuliert. Für maximal 15 000 Freiwillige stehen Plätze zur Verfügung. „5000 plus x“, so lautet die Formel.

Markus Grübel: „Ich denke, dass der Verteidigungsminister bei der Anzahl der Freiwilligen eine realistische Größe im Auge hat. Nun müssen wir uns gemeinsam darum bemühen, junge Menschen in unserem Land für einen freiwilligen Wehrdienst zu gewinnen.“ Positiv bewertet Grübel, die vom Verteidigungsministerium bereits vorgelegte umfassende Attraktivitätsagenda. Diese beinhaltet etwa Verpflichtungsprämien für Freiwillige sowie Weiterverpflichtungsprämien für Zeitsoldaten.



Markus Grübel und Bundesverteidigungsminister de Maizière.

■ Die Linke Esslingen ■

Atomkraft jetzt ausschalten

Seit Fukushima will niemand mehr die Gefahren der Atomkraft herunterspielen. Zu stark ist die ablehnende Haltung in und der Widerstand aus der Bevölkerung geworden. Selbst die CSU ist plötzlich bereit, „schon“ 2022 auszusteigen. Man könnte sich fast darüber freuen, wenn nicht auch diese Partei vor einem halben Jahr die Laufzeitenverlängerung vorangetrieben hätte. Nun ermöglicht sie den vier großen Stromkonzernen die entsprechenden Schadensersatzklagen. Grüne und SPD wollen laut ihrer Koalitionsvereinbarung die beiden zurzeit stillgelegten Meiler Philippsburg I und Neckarwestheim I endgültig stilllegen, die beiden

neueren Meiler dort allerdings nicht. Die LINKE will den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomkraft und hat dafür auch im Bundestag ein Konzept vorgelegt. Um Schadensersatzklagen der vier Stromkonzerne abzuwehren reicht es aus, sie nicht weiter von der Haftpflicht auszunehmen. Wir verlassen uns nicht auf einen grünen Regierungschef und schon gar nicht auf die CSU. Die LINKE ist am 28. Mai in Ulm und 20 weiteren Städten dabei, wenn die Antiatombewegung für das sofortige Abschalten demonstriert. Wer sich am Wochenendticket beteiligen will, darf sich gerne unter 07 11/

12 89 62 62 telefonisch anmelden. Treffpunkt: 12.35 Uhr Bahnhofsvorplatz.



Demo für den Ausstieg.

■ FDP Esslingen ■

Mehr skaten und kicken!

Die Nutzung von Bolzplätzen oder Skateanlagen führt wegen des Lärms oft zu Konflikten zwischen Anwohnern und Jugendlichen und sogar zu eingeschränkten Öffnungszeiten oder Schließungen. Wie die für den Landkreis Esslingen zuständige FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelyn mitteilt, planen die Koalitionsfraktionen FDP und CDU/CSU im Bundestag nun weniger strenge Lärmgrenzwerte und Öffnungszeiten. „Der Klageweg beim Kinderlärm wird durch einen Bundestagsbeschluss vom 26. Mai

praktisch ausgeschaltet. Eine solche Privilegierung des „Bolzplatzlärms“ würde zu weit führen. Kinderlärm ist zwingender Teil der kindlichen Entwicklung. Er muss hingenommen werden. Jugendliche aber sind im Gegensatz zu Kindern der Vernunft zugänglicher und in der Lage, sich an bestimmte Regeln zu halten. Wir wollen eine Regelung schaffen, die freien Jugendsport ermöglicht und Rechtssicherheit für Städte, Gemeinden und Anwohner schafft“, erläutert die FDP-Abgeordnete. Die Esslinger FDP-Vorsitzende Farquhar

begrüßt dies: „Sportstätten wie Bolzplätze sind meist eine Erfolgsgeschichte: Jugendliche verschiedener Herkunft, unterschiedlichen Alters und aus verschiedenen Schulen spielen miteinander. Das sorgt für gegenseitige Akzeptanz, auch außerhalb des Feldes. Dies muss gefördert und nicht ausgebremst werden.“

Streitigkeiten wie beim Bau des DFB-Minispielfeldes auf dem Gelände der Grund- und Hauptschule Wäldenbronn in Esslingen-Hohenkreuz sollen künftig der Vergangenheit angehören.



■ SPD Esslingen ■

Drexler im Verkehrsausschuss

Der Esslinger Landtagsabgeordnete und stellvertretende Landtagspräsident Wolfgang Drexler wird die SPD-Landtagsfraktion künftig im Verkehrs- und Infrastrukturausschuss des Landtags vertreten. Mit der Wahl ihrer Arbeitskreisvorsitzenden und der Nominierung ihrer Vorsitzenden und Mitglieder für die Ausschüsse des Landtags hat die SPD-Landtagsfraktion am Mittwoch ihre volle parlamentarische Arbeitsfähigkeit hergestellt. In der kommenden Legislaturperiode wird in insgesamt elf Ausschüssen die inhaltliche Arbeit des Parlaments vorbereitet.



Wolfgang Drexler ist im Verkehrs- und Europausschuss.

Der Verkehrsexperte und langjährige Fraktionssprecher für überregionale Verkehrsprojekte Wolfgang Drexler wird dabei erwartungsgemäß dem Ausschuss für Verkehr und Infrastruktur angehören. Zudem wird Drexler Mitglied im Europausschuss. „Der wachsende Stellenwert europapolitischer Themen für die Landes- und auch die Kommunalpolitik ist nicht zu unterschätzen“, erklärt Drexler. „Dies spielt in viele Bereiche hinein, wie etwa Fragen der Infrastruk-

tur.“ Besonders aber in wirtschaftspolitischer Hinsicht seien die Vorgaben aus Brüssel immer wichtiger. „Dabei geht es auch darum, dass die Gestaltungsspielräume der Kommunen bei Leistungen der Daseinsvorsorge durch europäische Wettbewerbsregelungen nicht ausgehöhlt werden“, erläutert Drexler.

■ Bündnis 90/Die Grünen ■

Lindlohr ist Fraktionsvize

Die Esslinger Landtagsabgeordnete der Grünen Andrea Lindlohr übernimmt Führungsaufgaben in ihrer Fraktion: Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende, wirtschaftspolitische Sprecherin ihrer Fraktion und Mitglied im Präsidium des Landtags hat die 36-jährige Esslingerin nun wichtige Ämter inne. Über ihre Wahl zur wirtschaftspolitischen Sprecherin freut sich Lindlohr, die zuvor acht Jahre als Parlamentarische Beraterin in diesem Bereich tätig war, besonders: „Esslingen und die Region sind ein starker Industriestandort. Für dessen Belange werde ich mich als wirtschaftspolitische Sprecherin auf Landesebene einsetzen.“ Die Grüne Wirtschaftsexpertin sieht große Chancen für die innovativen Esslinger Industrieunternehmen: „Der effiziente Umgang mit Energie und Ressourcen sowie die



Lindlohr ist Mitglied im Fraktionsvorstand der Landtagsgrünen.

Entwicklung von Nachhaltigen Mobilitätskonzepten sind wichtige Impulse für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung.“ Lindlohr ist nun Mitglied im neu gebildeten Finanz- und Wirtschaftsausschuss des Landtags sowie im Ständigen Ausschuss.